

**Steglitz-Zehlendorf
beherzt: demokratisch
ökologisch – sozial**

Programm
zur Wahl der
Bezirksverordneten-
versammlung 2016

DIE LINKE.

Inhalt

1. Bildung für alle – ganztägig und gebührenfrei	5
Kindertagesbetreuung	6
Schulen und Schulkultur	6
Jugendpolitik/Jugendarbeit	7
Wissenschaft, Forschung, Lehre	8
Nachnutzung des Museumsstandortes Dahlem	8
2. Bezahlbarer Wohnraum für alle	9
Bezahlbaren Wohnraum schaffen	9
Umwandlung von Mietwohnungen in Ferienwohnungen verhindern	10
Erhalt der landes- und bundeseigenen Liegenschaften	10
3. Geflüchtete	11
4. Umwelt, Leben und Natur	11
Stilllegung des Berliner Experimentierreaktors BER II in Wannsee	11
Lichterfelde Süd – Natur- und Umweltschutz mit Wohnen und Arbeiten verbinden	12
Schutz vor Fluglärm	13
5. Verkehr für alle verträglich gestalten	13
Für die Wiederinbetriebnahme der Stammbahn	13
Planungen zur Friedhofsbahn vorantreiben	13
Die U3 an die S1 anbinden	13
Für eine Tramanbindung für Steglitz-Zehlendorf	14
Freie Fahrt fürs Fahrrad – Radwege ausbauen	14
Einstieg in den entgeltlosen Nahverkehr (»Öffi-Flatrate«)	14
Lärmschutz an den Autobahnen	15
6. Direkte Demokratie ausbauen	15
Bürgerhaushalt endlich einführen	15
BVV und Bezirksamt müssen im Internetzeitalter ankommen	15

**Liebe Bürgerinnen und Bürger,
liebe Menschen hier im Bezirk,
liebe alle,**

DIE LINKE ist die politische Kraft für ein soziales Steglitz-Zehlendorf! Nach der Wahl am 18. September 2016 wollen wir Ihre Interessen auch in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) vertreten und dafür sorgen, dass Sie wirklich bei der Bezirkspolitik mitentscheiden können.

DIE LINKE kämpft für eine Gesellschaft, in der alle Menschen frei, gleichberechtigt und selbstbestimmt leben können. Sie tritt dafür ein, dass kein Kind in Armut aufwachsen muss, dass Menschen in Frieden, Würde und sozialer Sicherheit leben und ihre Verhältnisse demokratisch gestalten können.

DIE LINKE kämpft mit erwerbslosen Menschen für die Abschaffung von ALG II.

DIE LINKE unterstützt die abhängig Beschäftigten gegen Lohndrückerei, Einschränkungen ihrer Rechte und Prekarisierung.

DIE LINKE streitet gegen die soziale Verdrängung von Mieterinnen und Mietern und wirbt für ein friedliches Zusammenleben aller Menschen.

DIE LINKE unterstützt und fördert das politische Engagement von Bürgerinnen und Bürgern in sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, Verbänden, Vereinen und Initiativen.

DIE LINKE kämpft gegen Rassismus, Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit. Wir stehen ein für Weltoffenheit und Toleranz.

DIE LINKE kämpft gegen Krieg und Militarismus und für die menschenwürdige Aufnahme und schnelle Integration von geflüchteten Menschen in unsere Gesellschaft.

DIE LINKE. Steglitz-Zehlendorf macht gemeinsam mit engagierten Menschen Druck, damit die Kompetenzen des Bezirks erweitert werden hin zu einer wirklichen kommunalen Selbstverwaltung mit eigener Finanzhoheit.

Wir sind uns bewusst, dass viele Probleme nicht allein auf bezirklicher Ebene gelöst werden können.

Nur wenn wir in allen Bereichen der Politik für Verbesserungen eintreten, gelingt es, gemeinsam die Probleme der Menschen zu lösen. Um dies zu erreichen, brauchen wir ein anderes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem. Wir wollen die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse verändern und ringen um eine andere Politik, die wirklich für die Menschen da ist, und zwar einerseits außerparlamentarisch in Bürgerinitiativen, bei Runden Tischen, in Vereinen und Bewegungen etc. sowie andererseits parlamentarisch auf bezirklicher, Landes-,

Bundes- und Europaebene, um den politischen Anliegen der Menschen Gehör und Durchsetzungskraft zu verschaffen. Jedes parlamentarische Engagement braucht die direkte Anbindung an die Basis, also die Menschen im Bezirk!

Machen Sie mit! Mischen Sie sich ein!

Sie entscheiden, nach welchen Kriterien wir unser Zusammenleben im Bezirk gestalten wollen. Sie entscheiden, ob wir uns mit dem Auseinandergehen der sozialen Schere abfinden oder uns politisch dagegen zur Wehr setzen. Im Bezirk Steglitz-Zehlendorf scheinen soziale Probleme nicht so drängend wie anderswo zu sein. Das täuscht. Über 10 000 Familien sind in unserem Bezirk auf staatliche Unterstützung angewiesen. Die Kluft zwischen hohen und niedrigen Einkommen ist in unserem Bezirk größer als anderswo.

Wir meinen: Die Gesellschaft entwickelt sich dann am besten, wenn alle Menschen im solidarischen Miteinander leben können und sich gegenseitig unterstützen.

Durch Ihre Stimme entscheiden Sie, ob und wie ein Bürgerhaushalt in Steglitz-Zehlendorf eingeführt wird. Sie entscheiden, ob und wie in Steglitz-Zehlendorf die Kindertagesstätten, Schulen und Erwachsenenbildungseinrichtungen ausgestattet und neu gebaut werden. Sie entscheiden, welche Position der Bezirk zur Mietpreisentwicklung und zur Förderung bezahlbaren Wohnraums einnehmen wird. Sie entscheiden mit, ob ausreichend Frei- und Grünflächen zur Naherholung verbleiben. Sie entscheiden, wie die Verkehrspolitik in unserem Bezirk künftig aussieht; ob Fußgängerinnen und Fußgänger, Radfahrerinnen und Radfahrer, Schulkinder und der öffentliche Nahverkehr in Zukunft eine bessere Stellung gegenüber dem Autoverkehr haben werden. Sie entscheiden darüber, wie sozial, selbstbestimmt und lebenswert Steglitz-Zehlendorf in Zukunft sein wird.

***Wählen Sie am 18. September 2016
mit allen drei Stimmen DIE LINKE!***

Unsere Schwerpunkte:

1. Bildung für alle – ganztäglich und gebührenfrei

Der Umgang mit Kindern und Jugendlichen bestimmt nicht nur die soziale Qualität einer Gesellschaft, sondern maßgeblich auch ihre Zukunft. Nichts beeinflusst die Bildungschancen stärker als die soziale Herkunft der Familie sowie die soziale Mischung des Wohnbezirks bzw. Wohnquartiers. Um den Tendenzen sozialer Ungleichheit in den Familien und Kiezen entgegenzuwirken, setzt sich linke Kommunalpolitik für eine Förderung der sozialen Durchmischung im Bezirk und ausreichend qualifiziertes Personal in den – wohnortnahen – Kitas, Schulen, Jugendzentren und Kultureinrichtungen ein, damit kein Kind mehr zurückgelassen wird. Wir wollen eine Verbesserung des Betreuungsschlüssels in den Bildungseinrichtungen und eine höhere Durchlässigkeit in den Bildungsgängen. Frühkindliche individuelle Förderung muss ausgebaut werden. Für gute Bildung müssen auch entsprechende räumliche Voraussetzungen geschaffen werden. Deswegen braucht es einen Masterplan für die Gebäudesanierung und den Neubau für unsere Kitas und Schulen und mehr entsprechend qualifiziertes Personal in den Hochbauämtern der Bezirke. Individuell begleitende Sprach-, Sport- und musische Förderung während der gesamten Grundschulzeit sind sicherzustellen.

DIE LINKE orientiert sich in der Schulpolitik an vier Grundsätzen:

1. Stärkung der öffentlichen Schulen
2. Alle Schülerinnen und Schüler sollen einen Schulabschluss erwerben.
3. Der Bildungserfolg darf nicht von der sozialen Herkunft abhängen, daher müssen Bildungseinrichtungen kostenfrei zur Verfügung stehen.
4. Wir wollen kooperative und solidarische Lernformen stärken: Lernfabriken sind abzuschaffen. Im bestehenden Schulsystem unterstützen wir den Kampf von Lehrerinnen und Lehrern, Erzieherinnen und Erziehern, Schülerinnen und Schülern sowie Eltern für die Ausweitung von Freiräumen gegen den Leistungs- und Bewertungsdruck.

Gute Bildung ist von Anfang an – schon in der frühkindlichen Phase – zu sichern, nicht erst spät am Ende der Bildungsbiografie. Daher verdienen Erzieherinnen und Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter und alle in der Bildung Tätigen eine höhere gesellschaftliche Anerkennung und eine bessere, ihren besonderen Leistungen entsprechende Bezahlung. So plädiert

DIE LINKE. Steglitz-Zehlendorf für eine Entlastung älterer Lehrkräfte (Altersermäßigung) und gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit.

Kindertagesbetreuung

Eine zukunftsweisende Bildung beginnt im Vorschulalter. Bei der Einrichtung von Kitaplätzen muss das Wohlbefinden des Kindes im Mittelpunkt stehen. Wir nehmen die berechtigten Forderungen des Kitabündnisses nach der Verbesserung der Fachkraft-Kind-Relation für Kinder unter drei Jahren und des Leitungsschlüssels sowie nach Schaffung von mehr Kitaplätzen ernst und unterstützen den Anspruch auf eine Ganztagsbetreuung ohne Bedarfsprüfung. Wir wollen, dass alle Kinder in die Kita gehen können. Egal, ob deren Eltern berufstätig sind oder nicht. Durch hohe Geburtenraten und Zuzug steigt die Nachfrage nach Kitaplätzen. DIE LINKE wird sich in der BVV dafür starkmachen, dass das Bezirksamt eine ausreichende Anzahl an ausfinanzierten Kitaplätzen durch die städtischen Kita-Eigenbetriebe sicherstellt und neue Kitaplätze schafft.

Schulen und Schulkultur

Viele Bürgerinnen und Bürger wollen, dass sich Schule verändert. Sie kritisieren marode Schulen, Unterrichtsausfall und diskutieren über die Gemeinschaftsschule und vieles mehr.

Senat und Bezirksamt waren nicht in der Lage, auf die strukturellen Probleme im Bildungssystem ausreichend einzugehen. Eine tatsächliche Qualitätsverbesserung ist nicht kostenneutral zu haben. Bildungsfragen dürfen nicht auf Haushaltsfragen reduziert werden. Viele Eltern und Lehrkräfte haben den Eindruck, dass der Senat diesem Gedanken nicht genügend Rechnung trägt und fordern zu Recht eine verbesserte materielle und personelle Ausstattung sowie die Sanierung maroder Schulgebäude.

Mit der Einführung der Sekundarschule wurde die Aufteilung der Schülerinnen und Schüler auf Haupt-, Real- und Gesamtschulen überwunden. Wir haben die Gemeinschaftsschulen auf den Weg gebracht. Die wissenschaftliche Evaluation zeigt, dass alle Schülerinnen und Schüler von dieser Schulform profitieren und eine andere Lern- und Lehrkultur gelingen kann. Wir wollen allen Schülerinnen und Schülern diese Möglichkeit einer inklusiven Gemeinschaftsschule ab der ersten Klasse bis zum Schulabschluss eröffnen. So können sie gemeinsam lernen und haben bessere Chancen, zum Abitur zu gelangen. Allerdings ist damit allein der soziale Selektionsmechanismus noch nicht überwunden. Die eingeleiteten Maßnahmen müssen durch einen verbesserten Ressourceneinsatz sowie Veränderungen im Schulalltag ergänzt und verstärkt werden.

Wir benötigen in Berlin und in unserem Bezirk Schulen, in denen Lehrerinnen und Lehrer, Sozialpädagoginnen und -pädagogen sowie

Erzieherinnen und Erzieher zum ständigen personellen Bestand gehören und als Team zusammenarbeiten. Erst das Zusammenwachsen aller Professionen ermöglicht eine Erfolg versprechende integrative Schulkultur. Dazu gehört, dass auch an den Schulen unseres Bezirks Schulstationen mit sozialpädagogisch und psychologisch ausgebildeten Fachkräften flächendeckend aufgebaut werden. Die bereits bestehenden Schulstationen müssen erhalten bleiben.

Steglitz-Zehlendorf ist Vorreiter bei der Inklusion. Das Beratungs- und Unterstützungszentrum (BUZ) muss weiter gestärkt werden, um Schulen, Lehrkräfte und Eltern auf dem Weg zur inklusiven Schule gut zu unterstützen. Vor allem müssen die personellen und materiellen Voraussetzungen für die Inklusion geschaffen werden. Hier muss der Senat endlich handeln.

Steglitz-Zehlendorf ist ein wachsender Bezirk. Zahlreiche junge Familien ziehen hierher. Dadurch sind die Statistiken, die einst Grundlage der Schulentwicklungsplanung des Bezirks waren, nicht verlässlich. DIE LINKE fordert, Schulkapazitäten dem realen Bedarf anzupassen. Das heißt, vorausschauend weitere Schulstandorte zu schaffen z. B. in Lichterfelde Süd. DIE LINKE. Steglitz-Zehlendorf will durch Kooperationskonzepte zwischen Schulen und Sportvereinen, Musikschulen und Kulturvereinen das Ganztagsangebot an Schulen noch attraktiver machen. Eltern sollen in die Planung von Tagesablauf und Bildungsangeboten einbezogen werden.

Alle Kinder und Jugendlichen müssen Zugang zu einem gesunden, ausgewogenen und kostenfreien Schulmittagessen erhalten, möglichst aus regionalem biologischen Anbau.

Wir setzen uns dafür ein, durch bessere finanzielle Ausstattung von Schulen privates Sponsoring überflüssig zu machen. Eine an privaten Wirtschaftsinteressen ausgerichtete Schule ist mit dem öffentlichen Bildungsauftrag nicht vereinbar.

Wir treten gegen Werbung der Bundeswehr an Schulen ein, denn wir wollen Schülerinnen und Schülern das »Berufsziel Soldat« nicht als Normalität vermitteln. (An-)Werbung für die Bundeswehr hat an Schulen und Universitäten nichts zu suchen!

Jugendpolitik/Jugendarbeit

Jugendpolitik wird oft auf Bildung, Ausbildung und die soziale Situation von jungen Menschen verengt. Doch für uns ist Jugendpolitik ein Querschnittsbereich und nicht auf bestimmte Politikfelder zu begrenzen.

Jugendpolitik ist nicht Betroffenenpolitik. Es geht um die Befähigung junger Menschen, im eigenen Namen zu sprechen und eigenständig zu handeln. Daher wollen wir Entscheidungsrechte von Jugendlichen in allen Institutionen einführen, in denen für sie oder mit ihnen gearbeitet wird. Kommunale Jugendarbeit ist originäre Bezirksaufgabe. Wir setzen

uns für den Erhalt und Ausbau der Jugend-Freizeit-Einrichtungen (JFE) ein, weil hier Jugendliche ausreichend Raum haben, in dem sie sich treffen und den sie selbst gestalten können. Ausfinanzierte Jugend-Sozialarbeiterinnen- und -arbeiterstellen sind zu schaffen, damit Jugendliche niedrigschwellig professionellen Rat und Beistand finden. Die »Hilfen zur Erziehung« sind ein Rechtsanspruch, der jedoch in der Bezirksmittelzuweisung nicht ausfinanziert ist. DIE LINKE. Steglitz-Zehlendorf fordert, die Jugendhilfe wieder auf eine langfristig tragfähige finanzielle Grundlage zu stellen. Wir unterstützen Kinder und Jugendliche durch den breiten Aufbau offener Teilnehmungsformen – wie z. B. Jugendkonferenzen – dabei, in der Öffentlichkeit gehört zu werden und ihr Lebensumfeld selbst zu gestalten.

Wissenschaft, Forschung, Lehre

Die Universitäten und Hochschulen müssen sozial offen, demokratisch und finanziell unabhängig von Kapitalinteressen sein. Wir wollen einen nachfrageorientierten Ausbau von Studienplätzen in Bachelor und Master, um einen offenen Zugang für Menschen mit und ohne Abitur und unabhängig von der Staatsbürgerschaft zu ermöglichen. Geflüchtete Menschen sollen ebenfalls Zugang zu den Hochschulen erhalten. Wir unterstützen entschieden die Freiheit von Forschung, Lehre und Studium. Den Studierenden muss eine sinnvolle und eigenständige Studiengestaltung möglich sein. Wir unterstützen die Neugestaltung der Lehrpläne durch Studierende und Lehrende im Sinne einer Interdisziplinarität der Studiengänge. In diesem Zusammenhang wenden wir uns entschieden gegen Rüstungsforschung und fordern nachdrücklich den Ausbau der Friedensforschung sowie die Einführung einer Zivilklausel.

Die nach 1945 in Steglitz-Zehlendorf angesiedelten Hochschul-einrichtungen der Freien Universität (FU) haben in unserem Bezirk eine einzigartige Struktur, die sich als sozial, städtebaupolitisch und wirtschaftlich äußerst positiv erwiesen hat. Durch die Verteilung vieler Einrichtungen auf zahlreiche Einzelgebäude entstand eine Durchmischung mit dem Umfeld in Dahlem, die bei einer Konzentration auf einem abgeschotteten Campus-Gelände nicht möglich wäre. Diese erfolgreiche und menschenfreundliche dezentrale Struktur der Universitätslandschaft möchte DIE LINKE im Bezirk erhalten.

Prekäre Beschäftigung an der Hochschule, z. B. der Lehrbeauftragten, oder Outsourcing, so wie im Botanischen Garten geplant, lehnt DIE LINKE vehement ab. Gerade öffentliche Institutionen wie die FU Berlin müssen ihre Beschäftigten existenzsichernd entlohnen.

Nachnutzung des Museumsstandortes Dahlem

Im Bezirk Steglitz-Zehlendorf war insbesondere Dahlem – auch gemessen an Berlins überragendem kulturellen Angebot – als beachtlicher Museumsstandort bekannt. Durch die Verlagerung

großer Ausstellungsteile in das Humboldt-Forum in Mitte ist dieser historisch gewachsene Kulturstandort bedroht.

Wir treten dafür ein, dass die freiwerdenden Räume weiterhin für die Kunst und Kultur genutzt werden, z. B. für dringend benötigte Atelier-räume und als Ausstellungsstandort für zeitgenössische Malerei.

2. Bezahlbarer Wohnraum für alle

Steglitz-Zehlendorf braucht deutlich mehr bezahlbaren Wohnraum! Neue Wohnbauprojekte müssen daher primär im unteren Preissegment genehmigt, die Möglichkeiten des Bezirksamts zur kooperativen Bau-landentwicklung und der Abschöpfung mittels städtebaulicher Verträge ausgeschöpft werden. Steglitz-Zehlendorf wächst. Dieses Wachstum darf nicht »planlos« vonstattengehen. Die Infrastruktur muss bei den Bauprojekten »mitwachsen« können. Investorinnen und Investoren sind finanziell angemessen am Neubau von Kitas, Schulen, Jugendfreizeit-einrichtungen, Freizeitangeboten und Verkehrswegen zu beteiligen.

Bezahlbaren Wohnraum schaffen

DIE LINKE setzt sich für die Schaffung und den Erhalt bezahlbaren Wohnraumes in Steglitz-Zehlendorf ein. Ziel linker Politik ist »Bezahlbarer Wohnraum für alle«, indem die zurzeit grundsätzlich und ausschließlich marktwirtschaftlich ausgerichtete Wohnraum- und Mietenpolitik beendet wird und ersetzt wird durch die direkte Förderung von sozialem Wohnungsbau.

Die Mieterinnen und Mieter dürfen nicht aus ihrer gewohnten Umgebung vertrieben werden. DIE LINKE setzt sich dafür ein, die Privatisierung von Wohnungsbeständen kommunaler Wohnungsbaugesellschaften sofort zu beenden.

Werden solche Wohnungen an Investorinnen und Investoren sowie Hedgefonds verkauft, werden die Wohnungen meist luxusmodernisiert und die Kosten auf die Miete umgelegt. Dies führt zu einer Mieterinnen- und Mieterverdrängung.

Die Privatisierung großer Bestände der ehemaligen GSW im Bezirk durch den Senat und die Genehmigung des vorzeitigen Börsengangs waren falsche städtebaupolitische Signale.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die bestehenden rechtlichen Grundlagen zur Instandhaltung von Mietwohnungsbauten, die nicht zur Verteuerung von Mieten führen dürfen, insbesondere bei den Häusern kommunaler Wohnungsbaugesellschaften erfolgreich durchgesetzt werden.

DIE LINKE setzt sich für ein Mietervetorecht bei der Planung von Modernisierungsmaßen, die zu Mieterhöhungen, schlimmstenfalls zu Mieterverdrängung führen können, ein.

DIE LINKE. Steglitz-Zehlendorf will die Möglichkeiten des Bezirksamtes dafür nutzen, entsprechend den Interessen der Bewohnerinnen und Bewohner zu agieren. Bei Mietsäumigkeiten ist die Räumung einer Wohnung durch die Polizei keine angemessene Maßnahme und in der kalten Jahreszeit grundsätzlich nicht zu gestatten.

Der inhumanen Verdrängungspolitik setzt DIE LINKE das Ziel »Bezahlbarer Wohnraum für alle« entgegen. DIE LINKE wird gegen die Zweckentfremdung von kommunalem Wohnraum als gewerbliche Büros und Ferienwohnungen mit allen Möglichkeiten vorgehen.

DIE LINKE setzt sich außerdem für Milieuschutzgebiete ein, um Verdrängung in den Kiezen zu bekämpfen.

Umwandlung von Mietwohnungen in Ferienwohnungen verhindern

Eine weitere Möglichkeit für Vermieter, aus Wohnimmobilien höheren Profit zu schlagen, besteht in der Umwandlung von Wohnungen in Ferienwohnungen. In den vergangenen Jahren erlebten auch Bürgerinnen und Bürger unseres Bezirkes, dass Eigentümer Mietwohnungen als Ferienwohnungen vermieteten, zum Teil unter äußerst fragwürdiger Interpretation der rechtlichen Grundlagen. Dies gefährdet die soziale Struktur in der Umgebung. DIE LINKE. Steglitz-Zehlendorf lehnt die Umwandlung von Mietwohnungen in Ferienwohnungen ab. Dem Bezirksamt muss mehr Handhabe gegeben werden, gegen Zweckentfremdungen vorzugehen.

Erhalt der landes- und bundeseigenen Liegenschaften

Auf den Verkauf landes- und bundeseigener Grundstücke an Privatinvestorinnen und -investoren hat der Bezirk keinen direkten Einfluss. Allerdings kann er in den meisten Fällen durch das Bauplanungsrecht Einfluss auf einzelne Bauvorhaben nehmen. Bei jedem Bauvorhaben auf einem öffentlichen Grundstück, auch durch private Investoren, haben die Bürgerinnen und Bürger ein Recht mitzureden. DIE LINKE macht sich für eine Verbesserung der – bisher im Bezirk mangelhaft umgesetzten – frühzeitigen Bürgerbeteiligung stark.

Bei Modernisierungsmaßnahmen müssen die Mieterinnen und Mieter frühzeitig informiert und mit einbezogen werden. Modernisierung darf nicht zur unverhältnismäßigen Mietsteigerung benutzt werden.

3. Geflüchtete

DIE LINKE. Steglitz-Zehlendorf unterstützt ausdrücklich die Arbeit des überparteilichen »Willkommensbündnisses für Geflüchtete«, das sich hier in Steglitz-Zehlendorf schon 2014 gegründet hat.

Wir setzen uns dafür ein, die Rechte von Geflüchteten zu stärken und ihnen frühzeitig eine Integrations- und Bleibeperspektive zu bieten. Dazu gehört auch, Sammelunterkünfte nur als unvermeidliche Überbrückungsmaßnahme anzusehen. Wir fordern, verstärkt Immobilien in Landes- und Bundeshand für die Unterbringung Geflüchteter zur Verfügung zu stellen. Es gilt unser Ansatz: dezentrale, kleinere Unterkünfte statt Sammelunterkünfte!

Auch wenn derzeit die Unterbringung von geflüchteten Menschen im Mittelpunkt steht: Eine verantwortliche Flüchtlingspolitik hat viele Aspekte. Es geht um Bildung für Kinder und Erwachsene, um Zugang zum Arbeitsmarkt und um Gesundheitsvorsorge, um die Durchsetzung von Rechten und die Bekämpfung von Diskriminierung und von Vorurteilen.

4. Umwelt, Leben und Natur

Stilllegung des Berliner Experimentierreaktors BER II in Wannsee

Der fast 45 Jahre alte Schwimmbadreaktor in Berlin Wannsee befindet sich ungeschützt in einer alten Werkhalle, deren Dach nur Schneelasten standhält. Ein den Sicherheitsvorschriften entsprechendes Containment, wie es der Münchener Forschungsreaktor aufweist, fehlt. Da sich der Reaktor mitten in einem Wohngebiet befindet, können auch kurzlebige radioaktive Partikel ihre gesundheitsgefährdende Wirkung entfalten. Zudem hat sich der Betreiber obere Werte der Strahlenexposition der Bevölkerung genehmigen lassen, die teilweise höher als bei deutschen Kernkraftwerken liegen. Über den Abluftkamin wird unter anderem das besonders gefährliche Tritium – radioaktiver Wasserstoff – in weit größeren Mengen freigesetzt als von den meisten deutschen Atomkraftwerken. Von den drei noch verbliebenen Forschungsreaktoren ist der BER II der Reaktor, der am unzureichendsten geschützt ist, schon im Normalbetrieb die Gesundheit der Mitarbeiter und Anwohner am meisten gefährdet und von allen Forschungsreaktoren einschließlich der schon stillgelegten mit bisher 66 meldepflichtigen Ereignissen, davon 10 meldepflichtige Störfälle, Spitzenreiter ist. Die Leistung des BER II mit 10 Megawatt beträgt ein sechsvierzigstel der Leistung des Blocks 1 des Havarie-Reaktors des AKW Fukushima Daiichi.

DIE LINKE. Steglitz-Zehlendorf setzt sich für die sofortige Stilllegung des Atomreaktors ein.

Lichterfelde Süd – Natur- und Umweltschutz mit Wohnen und Arbeiten verbinden

DIE LINKE. Steglitz-Zehlendorf tritt dafür ein, dass bei der Erstellung des Bebauungsplans auf der ehemaligen Parks Range die Interessen des Gemeinwohls vor die Profitinteressen des Investors gestellt werden.

Wichtig ist uns dabei die Einhaltung des Natur- und Umweltschutzes. Die gesetzlich geschützten Tier- und Pflanzenarten dürfen nicht geschädigt werden.

DIE LINKE. Steglitz-Zehlendorf fordert, die Erhaltung und Pflege des Geländes als öffentliche Aufgabe anzuerkennen und dafür die nötige Finanzierung zu sichern. Erforderlich sind bindende Verträge zur mittel- und langfristigen Pflege der Weidelandschaft. Dieses Projekt ist einmalig in Berlin, deshalb ist es für die Natur- und Umweltbildung auszuweisen. Dafür und für langfristige Pflege der Weidelandschaft ist der BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V.) ein kompetenter Kooperationspartner. Wir vertreten den Standpunkt, Natur- und Umweltschutz sind Voraussetzungen für Gesundheit sowie Lebensqualität und somit im weitesten Sinne Teil der Daseinsvorsorge.

Soziale und gesundheitliche Belange der Bürgerinnen und Bürger müssen bei der Planung vorrangig sein. Dazu gehört auch, dass ein Gesamtkonzept, in das die Thermometersiedlung mit ihren bereits bestehenden 2100 Wohneinheiten eingebunden ist, entwickelt werden muss. Kindertagesstätten, Schulen, Kulturzentren, Spiel- und Sportplätze, die Ausweisung von Naherholungsmöglichkeiten, ein Quartiersmanagement sowie ein entlastendes Verkehrskonzept müssen Teil der Planung sein.

Wir sind der Meinung, dass maximal 16 Hektar bebaut werden dürfen – und nicht 39 Hektar, wie vom Investor geplant.

Neubau muss im gesamtstädtischen Interesse ausschließlich am Bedarf ausgerichtet werden, und das heißt: Bezahlbarer Wohnraum, vor allem durch Genossenschafts- und Sozialwohnungsbau, muss gewährleistet werden. Politik muss dafür sorgen, dass die Absicht des Investors, 2500 hauptsächlich Hochpreissegment-Wohnungen zu bauen, die in Berlin nur Spekulanten brauchen, vereitelt wird.

Die bestehenden Betriebe sind durch Einrichtung einer Gewerbeinsel zu erhalten. Das ist Voraussetzung für den Erhalt und die Schaffung neuer wohnortnaher Arbeitsplätze.

Die Durchsetzung all dieser Forderungen ist möglich, wenn das Bezirksamt die im sogenannten Letter of Intent (Absichtserklärung) gegebenen Zusagen an den Investor revidiert. Dafür machen wir uns stark.

Schutz vor Fluglärm

Der Flughafen Berlin-Brandenburg International (BBI) im stadtnahen Schönefeld rechtfertigt keine Dauerbelastung der Einwohnerinnen und Einwohner. DIE LINKE setzt sich daher im Interesse aller Betroffenen, von Treptow-Köpenick bis Steglitz-Zehlendorf, für den Verzicht auf Parallelstarts und ein konsequentes Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr ein. Die Interessen von Fluggesellschaften an Einsparungen im Umfang von wenigen Euro pro Flug müssen klar hinter dem Erhalt der Gesundheit für viele Menschen zurücktreten. Dafür tritt DIE LINKE mit Entschiedenheit ein.

5. Verkehr für alle verträglich gestalten

Mobilität ist ein hohes Gut für alle Bürgerinnen und Bürger. Zwischen allen Verkehrsträgern ist ein verträglicher Ausgleich zu schaffen. DIE LINKE spricht sich stets für den Vorrang von öffentlichen Verkehrsmitteln vor dem Individualverkehr aus.

Für die Wiederinbetriebnahme der Stammbahn

Vor dem Mauerbau verlief die S-Bahn-Strecke von Berlin nach Potsdam vom Bahnhof Zehlendorf über Zehlendorf Süd, Düppel und Kleinmachnow. Durch die anhaltende Bevölkerungsentwicklung von Berlin und dem Umland würde sich eine Wiederinbetriebnahme wahrscheinlich rentieren. Die Trasse befindet sich noch im Besitz der Deutschen Bahn und wurde nicht bebaut. Das einzige für eine Wiedereröffnung erforderliche größere Bauprojekt ist eine Brücke über die Autobahn A 115 beim Zollamt Dreilinden. Ein weiterer Vorteil dieser Strecke wäre eine bessere Anbindung des neuen Gewerbeparks Dreilinden auf dem ehemaligen Zollamt Drewitz, welche die Attraktivität dieses Standortes sicherlich weiter steigern würde.

Planungen zur Friedhofsbahn vorantreiben

Die ehemalige S-Bahntrasse vom Bahnhof Wannsee durch Kleinmachnow zum Stahnsdorfer Friedhof würde eine bessere Erreichbarkeit der Gemeinden Kleinmachnow und Stahnsdorf mit dem ÖPNV sicherstellen und der wachsenden Stadt gerecht werden.

Die U3 an die S1 anbinden

Die Attraktivität der U3 kann durch die Anbindung an die S1 erheblich gesteigert werden. Der Tunnel von der Station Krumme Lanke bis zum S-Bahnhof Mexikoplatz wurde bereits begonnen. Eine Verlängerung der U3 bis Mexikoplatz wäre also recht kostengünstig realisierbar.

Für eine Trambindung für Steglitz-Zehlendorf

Die Straßenbahn-Verbindung zwischen Ostberlin und Potsdam wird auf Landesebene seit einiger Zeit diskutiert. DIE LINKE. Steglitz-Zehlendorf begrüßt die Anbindung des Bezirks an die Tram. Die geplante Verlängerung der M4 führt entlang der Bundesstraße 1 vom Alexanderplatz über den Potsdamer Platz, die Hauptstraße (Schöneberg) und die Schloßstraße bis zum Rathaus Steglitz. Die Einkaufsstraße Schloßstraße muss vom Durchgangsverkehr befreit werden. DIE LINKE setzt sich für eine Verkehrsberuhigung ein, bei der die Schloßstraße nur für Fußgänger und öffentlichen Nahverkehr zugänglich ist. Für das gesamte Gebiet ist zum Schutz des Wohnens ein Konzept zu entwickeln, das das Parken auf Anwohnerparkplätze reduziert und auch in Seitenstraßen den Autoverkehr reduziert.

Freie Fahrt fürs Fahrrad – Radwege ausbauen

Steglitz-Zehlendorf benötigt ein Konzept zur Sanierung und Ausdehnung seiner Radwege und Abstellmöglichkeiten sowie zum Aufbau von Fahrradstationen. Besonderes Augenmerk ist dabei auf die Zusammenarbeit mit den Wohnungsbaugesellschaften in Lankwitz, der Thermometersiedlung, Zehlendorf Süd und im Bereich Lissabonallee zu legen.

Das Fahrrad ist vor allem für Schülerinnen und Schüler, Studierende und andere Menschen mit geringem Einkommen und Menschen, die sich bewusst gegen motorisierten Individualverkehr entschieden haben, unerlässlich. Das Fahrrad ist ein zukunftsweisendes Verkehrsmittel unserer Stadt.

DIE LINKE setzt sich für sicherere, klar markierte und abgegrenzte Fahrradstreifen an allen großen Straßen ein. Die Sicherheit muss für Radfahrer besser als bisher gewährleistet werden. Deshalb spricht sich DIE LINKE gegen jede Zweckentfremdung (Baustellenauffahrten, Parkplätze, Taxispuren etc.) von Radwegen aus.

Einstieg in den entgeltlosen Nahverkehr (»Öffi-Flatrate«)

Am langfristigen Entwicklungsziel, den öffentlichen Nahverkehr entgeltfrei zu machen, hält DIE LINKE fest. Wenn sich mittelfristig alle Berlinerinnen und Berliner solidarisch an den Kosten des Nahverkehrs beteiligen würden, fielen die Kosten für den Einzelnen für ein Jahresabo deutlich geringer aus. DIE LINKE. Berlin wird einen Umsetzungsplan für den Einstieg in den entgeltfreien Nahverkehr erarbeiten. Die dafür notwendigen Investitionen für den Ausbau des Nahverkehrsnetzes, Fahrzeuge, Personal etc., müssen über einen längeren Zeitraum verlässlich in den Landeshaushalt eingestellt werden.

Lärmschutz an den Autobahnen

An den Autobahnen am Zubringer Schloßstraße (A103), am Breitenbachplatz (A104) und am Zehlendorfer Kreuz (AVUS A115) ist der Lärmschutz für die Anwohnerinnen und Anwohner zu verbessern.

6. Direkte Demokratie ausbauen

DIE LINKE hat unter Rot-Rot die Einführung von mehr Elementen direkter Demokratie durchgesetzt. Volksbegehren und Volksentscheide wären ohne DIE LINKE so in Berlin nicht möglich. Jeder Einschränkung der direkten Demokratie tritt DIE LINKE entschieden entgegen.

Bürgerhaushalt endlich einführen

DIE LINKE fordert einen Bürgerhaushalt für Steglitz-Zehlendorf. Damit wird den Einwohnerinnen und Einwohnern ein Instrument gegeben, mit dem sie direkten Einfluss auf die Verwendung öffentlicher Mittel des Bezirks nehmen können. Steglitz-Zehlendorf soll dabei die positiven Erfahrungen aus anderen Berliner Bezirken nutzen, insbesondere das dort entwickelte und angewendete Verfahren zur Priorisierung übernehmen. Die ersten Schritte zur Umsetzung – die Aufstellung und Publikation eines lesbaren und anschaulichen Bezirkshaushalts sowie die Versendung und Auswertung von Fragebögen zu Schwerpunktsetzungen an alle Einwohnerinnen und Einwohner – sind unverzüglich zu gehen.

BVV und Bezirksamt müssen im Internetzeitalter ankommen

Steglitz-Zehlendorf muss endlich die Chancen zur Öffnung und Beteiligung nutzen, die das Internet bietet. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass der Bezirk alle Termine sowie Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner im Internet veröffentlicht. Wir wollen, dass alle bezirklichen Statistiken, Tagesordnungen, Anträge und Berichte zügig und vollständig im Netz zugänglich gemacht werden. Das gilt für sämtliche Unterlagen nach dem Berliner Informationsfreiheitsgesetz. DIE LINKE engagiert sich für die Open-Data-Bewegung, also für die freie Verfügbarkeit von Informationen, und fordert den Bezirk auf, alle Daten über digitale Schnittstellen öffentlich verfügbar zu machen, damit jede und jeder unabhängig von der Verwaltung eigene Auswertungen erstellen und im Internet veröffentlichen kann. Wir wollen ein barrierefreies Rathaus und befürworten eine Live-Übertragung der BVV-Sitzungen per Internet.

Im Interesse aller Bürger setzt sich DIE LINKE für Datenschutz im Bezirk ein und fordert die Bezirksverwaltungen auf, ihre Praxis im Umgang mit Daten einer fachkundigen öffentlichen Prüfung zu

unterziehen. Wir lehnen den »digitalen Graben« ab, der zwischen den Besitzern der großen Internetserver und den »digitalen Habenichtsen« verläuft, die nicht gehört werden, weil sie nicht einmal einen Internetzugang haben. Dazu unterstützen wir in Steglitz-Zehlendorf den Aufbau von Freifunk-Netzwerken, über die sich Nachbarn gegenseitig ins Internet bringen können.

Liebe Bürgerinnen und Bürger, wir haben Ihnen einen Einblick in unsere politische Arbeit und unsere Ideen und Vorschläge gegeben, die wir ab Oktober 2016 politisch in der BVV Steglitz-Zehlendorf umsetzen wollen.

Haben Sie Fragen oder Anregungen?

Rufen Sie uns an, schreiben Sie uns eine E-Mail oder kommen Sie zu einem unserer Treffen! Unsere Kontaktdaten finden Sie umseitig.

***DIE LINKE in der BVV – das heißt:
Konsequent für ein soziales Steglitz-Zehlendorf für alle!***

Wählen Sie am 18. September DIE LINKE.

Impressum

DIE LINKE. Steglitz-Zehlendorf
Schildhornstraße 85a
12163 Berlin

Telefon: 030/70 09 67 41

Mobil: 0176/94 07 33 43

info@dielinke-steglitz-zehlendorf.de

www.dielinke-steglitz-zehlendorf.de

V.i.S.d.P.: Eberhard Speckmann

www.dielinke-steglitz-zehlendorf.de